24. Kann ausschließlich mit Rücksicht auf den großen Umfang eines Wildparkes angenommen werden, daß das darin befindliche Wild herrenlos ist?

St.G.B. §§ 242, 292.

B.G.B. § 960.

I. Straffenat. Urf. v. 26. November 1908 g. G. u. Gen. I 628/08.

I. Landgericht Darmstadt.

Gründe:

Die Angeklagten sind wegen Jagdvergehens verurteilt auf Grund der Feststellung, daß der Angeklagte G. aus dem Geweih eines Hirsches, der verendet im Wildparke R. lag und anscheinend von den Forstbeamten noch nicht aufgefunden war, die beiden Stangen absägte und sich aneignete, während die Angeklagten U. und E. bereits vorher die Augensprossen des Geweihs losgebroschen und mitgenommen hatten. Die auf Diebstahl lautende Anklage ist zurückgewiesen, weil das Fallwild, von dem sich die Angeklagten einzelne Teile aneigneten, zwar den Gegenstand des ausschließlichen Aneignungsrechts des Parkinhabers gebildet, aber nicht in dessen Eigentum gestanden habe. Zur Begründung dieser Annahme findet sich ausgeführt, daß der verendete Hirsch nach bürgerlichem Recht trotz der Einparkung herrenlos gewesen sei, da dem Parke, der 10000 hessische Morgen = 2500 ha umfaßt,

bei seiner Größe die Eigenschaft eines „Tiergartens“ im Sinne von § 960 B.G.B.'s nicht zukomme, als solcher vielmehr nur ein verhältnismäßig kleiner Raum gelten könne, welcher nach seinem Umfang die Betätigung des menschlichen Herrschaftswillens an jedem einzelnen Stück der darin befindlichen Tiere ohne längeres Suchen ermögliche.

Zutreffend wird diese Ausnahme von der Staatsanwaltschaft als rechtsirrig angefochten.

In der reichsgerichtlichen Rechtsprechung (Entsch. des R.G.'s in Strass. Bd. 8 S. 273 und Bd. 26 S. 218) ist die Frage, ob die Aneignung von eingezogenem Wild als Diebstahl oder Jagdvergehen zu beurteilen ist — eine Frage, die in Hessen vor Einführung des Strafgesetzbuchs gesetzlich in letzterem Sinne geregelt war (Art. 15. 40 des Jagdstrafgesetzes von 1858) —, dahin entschieden, daß begrifflich nur herrenloses Jagdwild Gegenstand der Jagd sein könne, dagegen Tiere einer jagdbaren Wildgattung, an denen durch Besitzergreifung Eigentum erworben ist, hiermit Gegenstand der Eigentumsvergehen würden. Hinsichtlich der Besitzergreifung ist anerkannt, daß der gesamte Wildstand einer räumlich abgegrenzten Fläche, wenn ihm die Möglichkeit des Entweichens von dieser dem Herrschaftswillen einer Person unterworfenen Fläche genommen werde, in den Besitz und, soweit dessen Erlangung den Erwerb des Eigentums nach sich zieht, auch in das Eigentum jener Person gelange. Ob das Wild wirksam auf der Fläche festgehalten ist, muß, unabhängig zunächst von ihrer Größe, nach der Gesamtheit der die Einschließung betreffenden Verhältnisse und der sie bewirkenden Vorrichtungen beurteilt werden.

Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über Eigentum und Eigentumserwerb durch Aneignen nötigen nicht dazu, die Rechtsverhältnisse an eingezogenem Wild anders zu beurteilen, als es in diesen älteren Entscheidungen geschehen ist. Nach § 960 B.G.B.'s sind wilde Tiere herrenlos, solange sie sich in der Freiheit befinden. In der Gefangenschaft sind sie der tatsächlichen und rechtlichen Herrschaft des einzelnen unterworfen; sie gehen, sobald durch den Berechtigten zum Zweck der Aneignung die Aufhebung des Zustandes der Freiheit erfolgt ist, in sein Eigentum über, und die Gefangenhaltung bewirkt die Fortdauer des Eigentumsrechts. Der Eigenbesitz einer Person, die ihre tatsächliche Herrschaft über ein wildes Tier durch

die Gefangenhaltung betätigt, begründet sonach fortdauernd das Eigentumsrecht, sofern nicht die in der ursprünglichen Gefangennahme enthaltene Besitzergreifung gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen oder das Aneignungsrecht eines anderen verletzt hat (§ 958 B.G.B.'s). Die zum Zwecke der Ausübung des Besitzes begründete oder unterhaltene Gefangenschaft eines Tieres vollzieht sich nach der ausdrücklichen Bestimmung des § 960 B.G.B.'s auch durch Unterbringung und Verwahrung des Tieres in einem „Tiergarten“, obwohl die Tiere dort nicht, wie solche, welche in Behältnissen gehalten werden, ihrer natürlichen Freiheit in dem Maße beraubt sind, daß sie ihre Lebensbedürfnisse nicht so befriedigen können, wie es der Trieb ihrer Gattung verlangt. Durch diese Bestimmung sind die Zweifel beseitigt, die sich in bezug auf die Frage, ob ein Tier als gefangen gilt und im Besitze einer Person ist, dann erheben können, wenn dem Tier, nicht nur um es zu erhalten, und ihm die Fortpflanzung zu ermöglichen, sondern namentlich auch, um für seine demnächstige Erlegung die waidmännische Form beibehalten zu können, ein derartiges Maß von Freiheit eingeräumt ist, daß ihm soviel Ortsveränderung ermöglicht ist, wie sie erfahrungsgemäß überhaupt von seiner Gattung beansprucht wird. Mit anderen Worten, das Gesetz hat nicht nur einzelne Tiere, die in kleinen Gärten unter solchen Umständen gehalten werden, daß sie stets sichtbar und auffindbar sind und sofort ergriffen werden können, als der rechtlichen Herrschaft unterworfen bezeichnet; dazu hätte es neben dem ersten Satze des § 960 B.G.B.'s wohl keiner weiteren Bestimmung bedurft. Das Gesetz ermöglicht vielmehr in Satz 2 des § 960 die Erhaltung bestehender und die Anlage neuer Jagdparke, in denen das Wild, namentlich auch neu eingesetztes Wild, dem Parkinhaber zu Eigentum verbleibt.

Hiernach ist für die Frage des Eigentums an Parkwild auch jetzt nur erheblich, ob der zur Festhaltung des eingezogenen Wildes bestimmte umschlossene Raum nach der zur Gesamtheit der zur Einschließung getroffenen Vorrichtungen geeignet ist, die Gefangenschaft des Wildbestandes zu begründen.

Für die Frage der Gefangenhaltung kommt es begrifflich nicht auf die Größe der Fläche an, innerhalb welcher das Wild eingeschlossen ist (Motive zum B.G.B. Bd. 3 S. 371). Die Größe ist nur insofern von Bedeutung, als sie für die Frage von Erheblichkeit

sein kann, ob durch die Gesamtheit der Einrichtungen eine solche Einschließung des Wildes erreicht wird, daß Entweichungen aus dem Parkgebiete vorgebeugt ist. Dies trifft zweifellos dann nicht zu, wenn ein Jagdrevier, um das Wild tunlichst darin zurückzuhalten, mit Hecken, Gebüsch, Gräben, niederen Bäumen umgeben und durch die Verbindung solcher oder ähnlicher Anlagen eine Umhegung geschaffen ist, ohne daß dadurch dem Wilde der Wechsel in andere außerhalb liegende Gebiete unmöglich gemacht wäre. Ist aber eine zusammenhängende Fläche nach Art eines umzäunten Gartens derart nach außen abgeschlossen, daß dem Wilde überall durch wirksame, nicht zu überwindende Hindernisse der Austritt überhaupt unmöglich gemacht wird, sind namentlich auch die den Park durchziehenden Wege durch Abteilungen und Abschlüsse im innern dem Wilde unzugänglich gemacht, sind ihm Eisenbahnanlagen, die ins Freie führen, und die Ausgänge der im Park befindlichen Wohnstätten unerreichbar, weist die äußere Umschließung keine unzureichend überwachten oder mangelhaft angelegten Öffnungen auf, so kann daraus, daß bei der Größe des Parks das Wild innerhalb der Umschließung volle Bewegungsfreiheit genießt, nicht geschlossen werden, daß der in Wahrheit eingesperrte Wildbestand „sich in der Freiheit befindet“. Insbesondere kann auch nicht gefordert werden, daß jedes einzelne Stück des Wildstandes jederzeit herausgegriffen werden könne und ihm die Möglichkeit benommen sein müsse, sich der Ausübung tatsächlicher Herrschaft auch nur vorübergehend zu entziehen. Der Besitz, der eine Voraussetzung des Eigentums bildet, wird durch die Verwahrung im umschlossenen Raum ausgeübt. Schon die Zusammenstellung des Wildes in Tiergärten mit Fischen in Teichen und geschlossenen Privatgewässern jeder Größe läßt erkennen, daß das einzelne Stück einer gefangen gehaltenen Menge deshalb nicht besitzfrei und herrenlos ist, weil es sich im Gegensatz zu den in Behältnissen eingeschlossenen Tieren vorübergehend der Betätigung unmittelbarer Herrschaft zu entziehen vermag. Andernfalls wären Besitz und Eigentum auch für das Parkwild im kleinsten Parke zu verneinen; denn nach den Einrichtungen der Parkwildzucht gilt es gerade, die Erlegung und Ergreifung des einzelnen Stückes tunlichst annähernd so zu gestalten wie in freier Wildbahn. Übrigens hätte das angefochtene Urteil selbst von seinem gegenteiligen Standpunkt aus mindestens prüfen müssen, ob nicht

trotz des Gesamtumfangs der Fläche des Parks zu R. die Vorrichtungen im Innern es ermöglichen, mittels der bei den Parkjagden üblichen Einkreisungen auch jedes einzelne Stück nach dem Belieben der Forstbeamten jederzeit zum Gegenstand der Betätigung des Besitzwillens zu machen.

In Übereinstimmung mit den vorstehenden Erwägungen hat das Reichsgericht in früheren Erkenntnissen (Urt. des Feriensen. vom 9. August 1902 g. Sch. III 3325/02; Urt. des VI. Zivilsen. vom 9. Januar 1902 i. S. R. Pr. G. g. S. v. D. VI 217/01) Entscheidungen gebilligt, in denen umschlossene Räume von 120 ha und 8000 preußischen Morgen als Tiergärten angesehen waren und das Eigentum des Parkinhabers an dem eingeparkten Wild daraus hergeleitet wurde, daß dieses den ihm zugewiesenen Raum nicht zu verlassen vermochte, während dem Umstand kein Gewicht beigelegt war, daß das Wild (Rotwild) nach den angegebenen Größenverhältnissen sich innerhalb des Parks offenbar der Gewohnheit seiner Gattung entsprechend bewegen und das einzelne Stück ohne Suchen ergriffen werden konnte. Auf den gleichen Erwägungen beruht ferner das Urteil des erkennenden Senats vom 3. Dezember 1900 g. T. I 3273/00, in welchem ebenfalls die Annahme nicht beanstandet wird, daß ein großer, in verschiedene Schläge eingeteilter Wildpark als Tiergarten anzusehen sei.

Hiernach unterliegt das angefochtene Urteil, im Anschluß an den Antrag des Ober-Reichsanwalts, der Aufhebung. . .